
Dienststelle	Datum	Vorlagen-Nr.:
FD Öffentliche Sicherheit und Ordnung	07.05.2015	16/1710
Beratungsfolge	Sitzungstermin	
Ausschuss für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice	24.06.2015	

Beratungsgegenstand:

Abschlussbericht über die Einbürgerungskampagne

Inhalt der Mitteilung:

Auf die Vorlagen 16/0625 (Ausschuss für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice am 19.02.13 sowie Verwaltungsausschuss am 04.03.13) sowie 16/1120 (Ausschuss für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice am 26.02.14) wird verwiesen.

Ausgangspunkt für die vom Verwaltungsausschuss am 04.03.13 beschlossene Einbürgerungskampagne war ein Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 15.01.13. Ziel dieser Initiative sollte es sein, die Zahl der Einbürgerungen deutlich zu steigern. Das Konzept des früheren Fachdienstes 432 (Öffentliche Sicherheit und Straßenverkehr) sah vor, die ausländischen Bürgerinnen und Bürger direkt anzuschreiben, welche nach Aktenlage grundsätzlich für eine Einbürgerung in Frage kommen. Hauptkriterium war dabei eine Mindestaufenthaltsdauer (rechtmäßiger Aufenthalt in der Bundesrepublik) von 8 Jahren.

In 3 Phasen wurden insgesamt 945 Personen angeschrieben und daraufhin mit 97 Personen ein Beratungsgespräch geführt. Letztendlich ist es zu 46 Einbürgerungen gekommen (4,87 %). Bezüglich der konkreten Werte wird auf den mündlichen Vortrag im Ausschuss verwiesen. Sachkosten sind entstanden in Höhe von ca. 1.200,00 € für Porto und Druck eines Flyers. Hervorzuheben ist, dass die Kampagne ohne zusätzlichen personellen Mehraufwand geleistet wurde. Angesichts der stetig steigenden Ausländerzahlen wäre eine gleichartige Kampagne aktuell nicht mehr ohne zusätzliche Personalressourcen im Fachdienst 431 leistbar.

Finanzielle Auswirkungen:

Es sind Sachkosten in Höhe von ca. 1.200 € neben dem Personalaufwand entstanden.

Auswirkungen auf den Demografieprozess: Arbeit und Wirtschaft

Mittels einer Einbürgerung kann eine langfristige Bindung hergestellt werden, welche den Demografieprozess verlangsamen kann.

1. bekannt gegeben am:

TOP:

Paraffe der Protokollführung

Leiter/in der federführenden
Orgaeinheit

Fachbereichsleiter/in
des federführenden Fachdienstes

Verwaltungsvorstand

Mitzeichnung des
Juristischen Dienstes

Oberbürgermeister

geprüft FD 210:

